Deutscher Bundestag **Drucksache 18/12571**

18. Wahlperiode 31.05.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Sven-Christian Kindler, Annalena Baerbock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/8402 –

Nicht um jeden Preis – Großprojekte im Zeit- und Kostenrahmen realisieren

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, bei der Planung und Durchführung von bundeseigenen Großprojekten ein Programm zur Einhaltung des Zeit- und Kostenrahmens aufzulegen, das wesentliche Schwerpunkte in den Bereichen realistische Planung und Controlling, verlässlicher rechtlicher Rahmen, konsequente Einhaltung des Wirtschaftlichkeitsprinzips, Stärkung der Schlüsselrolle der Bauverwaltung sowie Transparenz und Bürgerbeteiligung setzt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/8402 abzulehnen.

Berlin, den 31. Mai 2017

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Bärbel Höhn
Vorsitzende

Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Berichterstatter

Michael Groß
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Volkmar Vogel (Kleinsaara), Michael Groß, Caren Lay und Christian Kühn (Tübingen)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/8402** wurde in der 221. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. März 2017 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Finanzausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller führen aus, bei der Planung und Durchführung von Großprojekten müssten unnötige Steuermehrausgaben vermieden werden. Der von der Bundesregierung veröffentlichten Analyse zu bundeseigenen Großprojekten sei bisher keine weitergehende Initiative zur nachhaltigen und strukturierten Reduktion der Kosten gefolgt.

Kostenexplosionen und Zeitverzögerungen bei Großprojekten wie dem Bau der Elbphilharmonie, dem Berliner Flughafen BER sowie dem Bahnhof Stuttgart 21 seien vermeidbar, wenn die unter Fachleuten geltenden Grundsätze und Regeln bei Planung, Bau und Abnahme eingehalten würden.

Der Deutsche Bundestag soll daher die Bundesregierung auffordern, ein Programm zur Einhaltung der Zeit- und Kostenrahmen bei bundeseigenen Großprojekten aufzulegen. Unter dem Stichwort realistische Planung und Controlling soll u. a. die konsequente Umsetzung des Prinzips „Erst planen, dann bauen“ und eine Straffung der Organisation, die sich die Erfahrung der Bauverwaltung zunutze macht, festgeschrieben werden. Darüber hinaus soll eine vollständige und fertige Planung vor Abschluss des Bauvertrags verbindlich festgeschrieben werden, um Nachtragsforderungen seitens der Auftragnehmer einzudämmen. Es sollen realistische Terminpläne und ein angemessenes Budget auf belastbarer Basis erstellt und genehmigt werden und bei jedem Projekt eine Bedarfsprüfung und die Nichtumsetzung von Bauprojekten als gleichberechtigte Option zugelassen werden, wobei die Planung realistisch und ergebnisoffen gestaltet werden soll. Außerdem sollen Projektleitungen eingesetzt werden, die baufachliche, kaufmännische und juristische Kompetenzen aufweisen.

Nach Vertragsabschluss soll eine Gegendokumentation aufgelegt werden, um eine Prüfung beim Nachtragsmanagement zu erleichtern. Darüber hinaus soll eine Anpassung des Bauvertragsrechts erfolgen, um der Erpressbarkeit öffentlicher Bauträger durch Großunternehmen einen Riegel vorzuschieben. Des Weiteren soll eine Überprüfung der Vergabeordnung und die Einführung qualitativer Kriterien erfolgen, damit zukünftig bei der Auftragsvergabe das Prinzip der Wirtschaftlichkeit angewandt wird und realistische Kostenkalkulationen vorrangig berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollen das professionelle Management von Bauprojekten durch eine angemessene Ausstattung des öffentlichen Bauherrn mit Know-how und Personal abgesichert und das Outsourcing deutlich begrenzt werden. Außerdem soll die Korruption im Baubereich bekämpft und dafür der Zoll mit mehr Personal ausgestattet werden. Schließlich soll auf ÖPP-Projekte (Öffentlich-Private Partnerschaften) vollständig verzichtet werden.

Darüber hinaus soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten zu sorgen, was auch die Offenlegung der Kalkulation im Vergabeverfahren und die Veröffentlichung der Verdingungsunterlagen beinhaltet. Außerdem soll der Deutsche Bundestag in die Lage versetzt werden, den Bau und die entstehenden Kosten transparent zu überblicken.

Schließlich sollen bei innovativen Pilotprojekten, wie etwa bei der Verwendung neuer Verfahren oder Baustoffe, die Ergebnisse und der Bauverlauf evaluiert und die entsprechenden Daten in eine Datenbank eingepflegt werden, auf die bei Planungen von Bundesbauten zugegriffen werden soll.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 116. Sitzung am 31. Mai 2017 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 18/8402 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 18/8402 in seiner 120. Sitzung am 31. Mai 2017 abschließend ohne Debatte beraten.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/8402 abzulehnen.

Berlin, den 31. Mai 2017

Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Berichterstatter

Michael Groß
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.